



Die NRW-Landesregierung stellt den Krankenhäusern und Pflegeschulen des Landes im Rahmen eines Sonderinvestitionsprogramms zusätzliche Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung. Davon entfallen 750 Millionen Euro auf Krankenhäuser und 250 Millionen Euro auf Pflegeschulen. Die katholischen Krankenhäuser begrüßten das Sonderinvestitionsprogramm. Es sei "eine wichtige Unterstützung für unsere Krankenhäuser in Zeiten der Pandemie", sagte eine Sprecherin der Caritas. 

KRANKENHAUSPLANUNG ALS TEIL DER DASEINSVORSORGE

Versorgungssicherheit statt kalter Strukturwandel

Die Caritas in NRW fordert die Landesregierung auf, Konsequenzen aus der Corona-Pandemie zu ziehen und bei der Krankenhausplanung der sozialstaatlichen Verpflichtung zur Daseinsvorsorge nachzukommen. Diese Verantwortung müsse als hoheitliche Aufgabe wahrgenommen werden, und die könne nicht an Dritte, auch nicht an Krankenkassen, delegiert werden, heißt es in einem Positionspapier der Caritas in NRW, die 200 katholische Kliniken im Land vertritt.

Alleinige Aufgabe der Krankenhausplanung ist es, die Versorgung sicherzustellen", mahnt die Caritas. „Ökonomische Erwägungen dürfen in diesem Zusammen-

hang nur eine nachgeordnete Rolle spielen.“ Wie bei der Feuerwehr müsse auch in Krankenhäusern die Grundausstattung mit Personal und Technik finanziert werden - unabhängig von der konkreten Inanspruchnahme. „Wir fordern ‚Wettbewerb ja‘, aber nicht zulasten der Versorgung von Patientinnen und Patienten“, so die Caritas.

Eine qualitätsorientierte Krankenhausplanung müsse auch regionale Besonderheiten berücksichtigen. Dies sei nur vom Land zu leisten. Qualitätsvorgaben, die immerhin massiven Einfluss auf die wirtschaftliche Existenz von Kliniken hätten, gehörten ausschließlich in die Entscheidungshoheit des demokratisch legitimierten Gesetzgebers - und nicht in „Parallelsysteme zur Qualitätssicherung“. Damit kritisiert die Caritas Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) und des

Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information, „weil diese massiv in die Hoheit des Landes im Bereich der Krankenhausplanung eingreifen“.

Die Caritas in NRW sieht ihre Mitgliedseinrichtungen zunehmend in einem Spannungsfeld von Versorgungspflicht und unzureichender Finanzierung. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, „da einerseits ein Substanzverzehr und andererseits inzwischen spürbar negative Auswirkungen auf die Mitarbeitenden festzustellen sind“. Krankenhäuser seien im Rahmen ihrer Versorgungspflicht gezwungen, rund um die Uhr bestimmte medizinische Leistungen vorzuhalten, was durch das derzeitige Vergütungssystem nur unzureichend berücksichtigt werde. Diese Unterfinanzierung verschärfe sich, wenn die Kliniken planbare Leistungen aus ihrem Leistungsspektrum nicht mehr anbieten könnten, weil sie durch reglementierende Entscheidungen von außen dazu gezwungen würden.

Die Krankenhauslandschaft in NRW habe sich in der Corona-Krise als elastischer und flexibler erwiesen als zentralisierte Strukturen in Nachbarländern. „Dieser wichtige Vorteil darf nicht verspielt werden, indem weiterhin auf einen ‚kalten‘ Strukturwandel gesetzt wird und Klinikkapazitäten über Wettbewerbsdruck abgebaut werden“, fordert der katholische Verband. 



AUSGABE SEPTEMBER 2020

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  caritas-nrw.de/nachrichten
-  facebook.de/caritas_in_NRW
-  redaktion@caritas-nrw.de

Viel geschafft

Drei Worte, die Deutschland bis heute bewegen: Wir schaffen das! Ausgesprochen hat sie Bundeskanzlerin Angela Merkel vor fünf Jahren. Der Satz war eine Aufforderung an die Gesellschaft, angesichts der Zuwanderung Hunderttausender gemeinschaftlich und positiv zu denken. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Satz erinnert frappierend an das Wahlkampf-Credo des späteren US-Präsidenten Barack Obama: „Yes, we can.“ In beiden Fällen wurde an die Motivation der Menschen appelliert. Doch während der eine Satz seinem Absender den Einzug ins Weiße Haus ebnete, führte der andere zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft.

In der Diskussion darüber, ob Merkels Satz nun richtig oder falsch, programmatisch oder provozierend, naiv oder klug war, wird leicht übersehen: Der Satz entstammte dem Moment. Ganz pragmatisch vorgetragen, sollte mit ihm das Gegenteil dessen erreicht werden, was später vielfach in ihn hineininterpretiert wurde: Er wollte Mut machen, Optimismus verbreiten, Zusammenhalt fördern.

Haben wir es denn nun geschafft – fünf Jahre danach? Gegenfrage: Ab wann hat man es geschafft?

Noch immer hat Europa keinen gemeinsamen Umgang mit Geflüchteten gefunden. In Libyen oder auf den griechischen Inseln hausen Menschen unter unmenschlichen Bedingungen, weil Festland-Europa seine Grenzen schließt – wahrlich kein Ruhmesblatt auch für die deutsche Regierung.

Andererseits: Gerade den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen in diesem Land ist zu verdanken, dass sich viele Geflüchtete heimisch fühlen. Überall im Land läuft Integration beinahe nebenbei, selbstverständlich, ohne viel Aufhebens. Was das angeht, haben wir miteinander wirklich viel geschafft. ◀

MARKUS HARMANN, DICV KÖLN

✉ markus.harmann@caritasnet.de

TREFFEN VON MENSCHEN MIT ARMUTSERFAHRUNG

Corona trifft die Armen hart

Wer sich in finanzieller Not befindet, hat weniger Möglichkeiten, sich gesund zu ernähren, hat mehr Stress und kämpft öfter mit schlechten Wohnverhältnissen. Die Corona-Pandemie macht wieder einmal deutlich, wie sehr sich prekäre Lebensumstände auf die Gesundheit auswirken können.

Beim dritten Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, veranstaltet von der Freien Wohlfahrtspflege NRW, kamen in Köln Betroffene mit Gesundheits- und Politikexperten ins Gespräch.

Dass das deutsche Gesundheitswesen eines der besten der Welt ist, zeigt sich auch wieder in der Corona-Krise. Doch reicht selbst dieses System nicht aus, um eine der größten Krankheitsursachen stärker einzudämmen – die Armut. Fakt ist auch hier: Wer lange ohne Job ist und kein Einkommen hat, ist häufiger krank als andere.

„Menschen in Armut haben ein höheres Risiko, sich mit dem Virus anzustecken, denn sie können den Infektionsquellen kaum ausweichen“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW und Kölner Diözesan-Caritasdirektor. Auch fielen viele wichtige Kontakte und Hilfen in Zeiten des Lockdowns für die Betroffenen weg, Nöte vergrößerten sich dadurch umso mehr, so Hensel.

„Die Corona-Krise trifft diese Menschen besonders hart. Für viele ermöglicht nur der persönliche Kontakt, zum Beispiel bei



Menschen mit wenig Geld sind arm, weil sie krank sind – viele sind krank, weil sie arm sind. Menschen mit wenig Geld sind anfälliger für körperliche und psychische Krankheiten, sie tragen ein höheres Risiko für Unfälle und sind stärker von Behinderungen betroffen.

Fotos: Jo Schwartz



„Armut kann und darf nicht als individuelles Versagen abgetan werden, sondern muss gesellschaftlich energisch bekämpft werden“, sagt Frank Joh. Hensel, Vorsitzender der LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW.

einem Jobcenter, die benötigte Unterstützung. Dies muss – unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften wie an anderen Orten auch – unbedingt gewährleistet sein“, meint Hensel. „Es kann nicht sein, dass Menschen praktisch von Hilfe ausgeschlossen werden, weil die Zugänge zu Behörden und Einrichtungen so erschwert bis unmöglich sind.“, sagt Hensel.

Ins Gespräch kamen die gut 30 Betroffenen beim Vernetzungstreffen auch mit Professor Dr. Nico Dragano vom Universitätsklinikum Düsseldorf und Kathrin Melchert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW. Untereinander tauschten sie im Anschluss ihre Erfahrungen zu Ernährung, Wohnen und Arbeit aus und formulierten eigene Forderungen.

„Menschen mit Armutserfahrung müssen gehört werden, und sie möchten an politischen Entscheidungen beteiligt sein“, fasst Michaela Hofmann, Armutsexpertin beim Kölner Diözesan-Caritasverband, eine der Kernforderungen zusammen. „Wir müssen soziale Ausgrenzungen bekämpfen und den starken Zusammenhang von Armut und Krankheit gerade jetzt unter Covid-19 entschärfen.“ ◀

Nicht auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern!

Die Corona-Pandemie hat die Versäumnisse der Bildungspolitik schonungslos offengelegt. Die Schulen sind häufig in schlechtem baulichem Zustand, die Digitalisierung steckt in den Kinderschuhen, die tatsächlich aktiv beschäftigten Lehrkräfte reichen vorne und hinten nicht aus. In den nächsten Jahren wird altersbedingt zudem eine Vielzahl von Lehrerinnen und Lehrern aus dem Dienst ausscheiden.

Sollte die Bildungspolitik bei dieser Misere nicht einfach kapitulieren?

Aktuell scheinen sich Politik und Regierungen bei Förderzusagen zu übertreffen. Es gibt den Digitalpakt, Fördergelder für bauliche Veränderungen werden bewilligt, Personalstellen neu geschaffen und neue Schulkonzepte in die Welt gesetzt. An und für sich ideale Voraussetzungen, möchte man meinen. Trotzdem hakt es hinten und vorne. Bereitgestellte Gelder werden nicht abgerufen. PC/IT-Ausstattungen können nicht

beschafft werden, weil der Markt leer gefegt ist, Lehrer besitzen nicht die Qualifikation, digitalisierten Unterricht anbieten zu können, der Aufwand für europaweite Ausschreibungen überlastet die Schulträger und den Lehrkörper. Klassen können nicht verkleinert werden, weil die Schulräume nicht ausreichen und zusätzliche Lehrkräfte nicht zur Verfügung stehen. Eine Verlagerung auf den Nachmittag ist nicht möglich, weil die Offene Ganztagsbetreuung Räumlichkeiten braucht.

Der Corona-Lockdown hat schon zu erheblichen Bildungsdefiziten geführt. Weitere sollten vermieden werden. Dies setzt voraus, dass endlich ein Konzept erarbeitet wird und damit ein roter Faden für alle Akteure erkennbar ist, wie konkret welche Ziele in den nächsten Monaten angesteuert werden. Dazu müssen Kompromisse gefunden und Prioritäten gesetzt werden. Politik muss dazu tragfähige Kooperationen bilden.

Ein wichtiger Schritt ist hierbei, die Schülerinnen und Schüler ausreichend digital auszustatten. Täglich werden Studien zur schlechten Ausstattung mit digitalen Medien veröffentlicht. Wenn man sich anguckt, mit welchen Beträgen die Anschaffung von PCs gefördert wird, wer alles einbezogen werden soll, um die Bedürftigkeit von Kindern/Familien zu prüfen, liegt das Scheitern auf der Hand. Es gehört schon eine Menge Fantasie dazu, um sich irgendwie vorstellen zu können, dass diese Regelungen greifen. Realisierbare Regeln, „kundenfreundliche“ Zuständigkeiten, ausreichende Pauschalen sind gefordert, die eines sozialen Rechtsstaates würdig sind. Schülerinnen und Schüler sind mit digitalen Endgeräten (und Verbrauchsmaterialien) zur schulischen und gesellschaftlichen Teilhabe angemessen auszustatten. Dies ist sozialhilferechtlich als Bedarf festzuschreiben und gesetzlich zu garantieren. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Bildungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. ⤵

CHRISTOPH EIKENBUSCH

✉ c.eikenbusch@caritas-paderborn.de

ZUKUNFT DER SCHULSOZIALARBEIT

Caritas: „Bewährtes Trägermodell der Jugendhilfe erhalten“

Die Schulsozialarbeit in NRW ist nach einer Entscheidung der Landesregierung über das Jahr 2020 hinaus dauerhaft gesichert. Doch offen ist, in welcher Form die freien Träger der Jugendhilfe weiterhin in die Aufgaben der Schulsozialarbeit eingebunden werden.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich schnellstmöglich zu der bisherigen guten Kooperation zwischen Schulen und freien Trägern bekennt“, fordert Martina Lorra, Fachreferentin für Kinder, Jugend und Familienhilfe im Caritasverband für das Bistum Essen. Denn die hohe Qualität der Schulsozialarbeit sei dadurch gegeben, dass sie sich über den Schulunterrichtsbetrieb hinaus an den persönlichen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientiere und ihr Programm mit den Angeboten für Kinder und Jugendliche im Quar-

tier vernetze. „Deshalb brauchen wir für die Schulsozialarbeit ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept und das bewährte Trägermodell in Kooperation mit der Jugendhilfe“, sagt Lorra.

Bislang war das Programm „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets in NRW“ bis Ende 2020 befristet. Es finanziert 1000 Vollzeitstellen. „Die Zeit drängt. Denn die Inhaber dieser Stellen, die sich ein Vierteljahr vor Ablauf ihres Vertrages arbeitslos melden müssen, brauchen Arbeitsplatzsicherheit“, so Lorra. ⤵

Kein Nulltarif für Hartz-IV-Bezieher

Ohne Brille sieht er alles nur verschwommen. Und dennoch: „Eine Brille hätte ich mir ohne Zuschuss nicht leisten können“, sagt Karl-Heinz T. Von den Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn hat der 62-Jährige, der Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) bezieht, 100 Euro Zuschuss erhalten, sodass er sich die Brille kaufen konnte.

Laut den Vorgaben hätte der Mann aus Herne für seine Brille monatlich rund drei Euro zurücklegen müssen. „Bezieher von Sozialleistungen sollen sich eine Brille buchstäblich vom Munde absparen. Das ist utopisch“, sagt Matthias Krieg, Geschäftsführer der Vinzenz-Konferenzen mit Sitz beim Diözesan-Caritasverband Paderborn.

Seit Jahren setzen sich die Vinzenz-Konferenzen mit ihrer Aktion „Den Durchblick behalten“ dafür ein, dass Bezieher von Hartz IV und Sozialhilfe Zuschüsse zu Sehhilfen erhalten - bisher vergeblich. Doch die Vinzenz-Konferenzen kritisieren nicht nur, sie handeln im Rahmen ihrer Möglichkeiten: Im vergangenen Jahr zahlten sie 281 Bedürftigen Zuschüsse zu ihren Brillen, insgesamt knapp 17000 Euro - viel Geld für den kleinen, aus rund 150 Ehrenamtlichen bestehenden Verband. Seit Beginn der Aktion wurden damit knapp 1300 hilfsbedürftige Brillenträger bezuschusst mit insgesamt

rund 106000 Euro. Finanziert werden die Zuschüsse aus Eigenmitteln, aber auch aus Kirchensteuern und zu einem kleinen Teil aus Spenden.

Aktuell stehe zwar die Neufestlegung der Regelsätze für Grundsicherungsempfänger an, Bewegung in dieser Frage sei aber nicht zu erkennen, kritisiert Matthias Krieg. Sozialverbände werfen der Regierung deshalb vor, die Leistungen nicht nur für Brillen nach bewährter Methodik kleinzurechnen. „Das Ergebnis ist schon sehr lebensfremd und fern der Realität“, unterstützt Matthias Krieg diese Kritik.

Denn Bezieher von Sozialleistungen haben ebenso wenig wie gesetzlich Krankenversicherte, die eine Brille benötigen, einen Anspruch auf Unterstützung für den Kauf einer Sehhilfe. Eine Ausnahme gibt es nur für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie ab einer Glasstärke von sechs Dioptrien bzw. bei einer Hornhautverkrümmung ab vier Dioptrien. „Brillen sind aber in der Regel nicht - wie manchmal angenommen - zum Nulltarif zu haben“, erklärt Matthias Krieg von den Vinzenz-Konferenzen. Die Kosten können viele Menschen, die von Hartz IV leben, eine Mini-Rente bekommen oder aus ihrer Heimat geflohen sind, nicht aufbringen. „Für die betroffenen Menschen können daraus erhebliche Probleme im Alltag resultieren“, kritisiert Matthias Krieg. Ältere Menschen, die Angst vor Stürzen haben, Arbeitslose, die mangels einer Brille keinen neuen Job annehmen können, oder Menschen, die sich nicht gefahrlos im Straßenverkehr bewegen können - die Liste der schwerwiegenden Beeinträchtigungen ist lang. „Eine Brille ist von grundlegender Bedeutung, damit ein Mensch ungefährdet am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann“, sagt Matthias Krieg. „Der Staat kommt seiner Verantwortung für die lebensnotwendige Unterstützung bedürftiger Menschen nicht nach. Das wollen wir ändern.“

 www.dendurchblickbehalten.de

Frauenhäuser kritisieren Bürokratie

Zunehmenden bürokratischen Aufwand in der Corona-Krise beklagen die Frauenhäuser in NRW. Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen seien nicht erreichbar, die ohnehin schwierige Wohnungssuche sei zusätzlich erschwert. „Wenn allerorten wieder geöffnet wird, müssen auch die Verwaltungen wieder ihre Aufgaben erfüllen und Anträge zeitnah bearbeiten“, fordert Monika Brüggenthies vom Diözesan-Caritasverband Münster, der die Interessen der katholischen Frauenhäuser in NRW vertritt.

Ganz schwierig werde es, wenn Corona-Verdachtsfälle aufträten. Um Kinder testen zu lassen, brauche es manchmal die Überweisung eines Kinderarztes im Original. Dann dauere es lange bis zum Ergebnis. Angesichts der wegen chronischer Unterfinanzierung beengten Wohnsituation in den Frauenhäusern und ständig wechselnder Bewohnerinnen sei das problematisch.

Bei einem Migrationshintergrund seien oft aufenthaltsrechtliche Fragen zu klären. Spontan zum Ausländeramt zu gehen, sei nicht mehr möglich, Termine gebe es nur online. Da auch die Frauenhäuser Hygienekonzepte organisierten und ständig auf deren Einhaltung achten müssten, sei die Arbeit ohnehin aufwendiger geworden. Sie könnten nicht auf Mitarbeiterinnen, die über 60 seien und damit eigentlich zur Risikogruppe gehörten, verzichten. Homeoffice sei ebenso wenig eine Option. Regelmäßige Corona-Tests seien anders als bei Lehrern nicht vorgesehen.  (CPM)

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrman

Titelfoto: M. Lahrman

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH, Astrid Rohde
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104
astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

Weihwasserspender in Pandemie-Zeiten

Einen berührungslosen Weihwasserspender stellen die Caritas Betriebs- und Werkstätten der Städteregion Aachen her. Kirchenbesucher können sich damit während der Corona-Pandemie mit keimfreiem Wasser segnen. Der Spender besteht aus einem Glasbehälter, den eine Stele aus edlem Blaustein trägt. Entwickelt hat das 1600 Euro teure Modul der Betriebsleiter der Herzogenrather Werkstätte, Dirk Leifeld. Die eingebaute smarte Technik von Desinfektions- oder Seifenspendern erfahre durch die Aufmachung eine gewisse Werthaftigkeit und Sinnhaftigkeit für die Kirche, sagte der Maschinenbau-Ingenieur. In dem Projekt würden je nach Auftragslage vier bis fünf Beschäftigte mit Behinderungen arbeiten. 